

Bauvorhaben verschlingen zu viel grüne Wiese

Täglich 160 Fußballfelder Straßen und Siedlungen verbaut

Bonn (pte/09.02.2009/12:00) - Die Verbauung freier Flächen schreitet zu schnell voran. Sie senkt die Lebensqualität durch Schädigung von Klima und Böden, durch Minderung biologischer Vielfalt sowie städtischer Strukturen. Das kritisiert das deutsche Bundesamt für Naturschutz (BFN) <http://www.bfn.de> in einem aktuellen Positionspapier. Schuld daran seien die Gemeinden, da sie gegenseitig um mehr Einwohner und neue Gewerbegebiete konkurrieren und dabei ökonomisch kurzfristig planen. Wird die Verbauung auch in Zukunft mit den jetzigen Geschwindigkeit vorangetrieben, könnte eine nachhaltige Entwicklung verfehlt werden, warnt das Bundesamt. Ähnliche Probleme der Zersiedelung gibt es auch in Österreich und der Schweiz (presstext berichtete: <http://presstext.de/pte.mc?pte=070829023> bzw. <http://presstext.de/pte.mc?pte=081008024>). Das Bundesamt schlägt Maßnahmen vor, die diesen Prozess bremsen sollen.

Jeden Tag fallen allein in Deutschland 113 Hektar Freiland diversen Straßen- und Siedlungsbauvorhaben zum Opfer. Der Großteil davon war zuvor Ackerland. Diese Fläche, die etwa 160 Fußballfeldern entspricht, ist dreimal größer als die Bundesregierung für 2020 anstrebt. Die extensive Nutzung bringt auf mehreren Ebenen Nachteile, unter anderem für den Klimaschutz. "Die Zersiedelung bedeutet ein erhöhtes Verkehrsaufkommen und schwierigere Erschließung durch den öffentlichen Verkehr. Eine finanzielle Belastung ist vor allem der Mehraufwand an Infrastruktur wie etwa für Abwassersystem und Energieversorgung", erklärt Burkhard Schwappe-Kraft, BFN-Ökonom und Rechtsexperte, im presstext-Interview. Trotz des Zieles der Regierung, die jährlich neu bebaute Fläche zu beschränken, existiere noch kein Konzept zu dessen Umsetzung. "Man ist noch immer auf die freiwillige Zusammenarbeit der Kommunen angewiesen und erreicht so keinen Fortschritt", warnt der Naturschutz-Experte.

"Handelbares Flächenausweisrecht" nennt das Bundesamt seinen Vorschlag, der eine Lösung des Problems herbeiführen soll. Durch finanzielle Anreize soll die Entwicklung in bereits vorhandene Gewerbe- und Siedlungsflächen gefördert werden, während das Bauen auf der grünen Wiese mit neuen Abgaben verbunden würde. "Das Grundprinzip dahinter ist, dass für Außenentwicklung etwas gezahlt werden muss, während man für Innenentwicklung etwas bekommt", so Schwappe-Kraft. Das Bundesamt schlägt zudem strengere und verpflichtende Prüfungen der Gemeinden bei Neuverbauung vor. Damit soll gezeigt werden, welche ökologischen Auswirkungen und tatsächlichen finanziellen Vorteile bei Bauprojekten zu erwarten sind. Gleichzeitig müssten Siedlungskerne attraktiver fürs Wohnen werden, betont der Bundesamt-Sprecher. "Bereits bisher hat der Bund die Planung im Ortskern erleichtert und Förderprogramme für die Stadtentwicklung initiiert. Es braucht jedoch noch mehr Anstrengungen." (Ende)

Aussender: presstext.deutschland